

HOCHSCHULSPIEGEL

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Nr. 7

April 1979

Preis 18 Pfennig

In dieser Ausgabe:

Seite 3:
Arbeitszeitanalyse mit wichtigen Aussagen

Seite 4:
Anforderungen an ein Jugendobjekt

Überzeugender Beweis des Vertrauens zu unserem sozialistischen Staat

Die FDJ-Redaktion berichtet über den Verlauf der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen an unserer Hochschule

Mehrere Wahllokale waren im Innerenkomplex unserer Hochschule ausschließlich für Studenten eingerichtet worden. Deshalb hatte die FDJ-Redaktion beschlossen, die Berichterstattung über die wichtigsten Etappen des Wahltages zu übernehmen.

6.30 Uhr

Die ersten Wähler haben sich vor

den Wahllokale eingefunden. Auf unsere Frage erklärte Sibille Pohlig, FDJ-Gruppe 09/23, daß sie durch eine frühzeitige Stimmabgabe ihre Verbundenheit mit unserem Staat dokumentieren will und deshalb auch die erste sein möchte, die ihre Stimme abgibt. Wörtlich sagte sie: „Mit dem weiteren Ausbau der Hochschule ergeben sich viele Probleme, die nur durch eine enge Verbindung zwischen Hochschule und

örtlichen Volksvertretungen gelöst werden können. Wir freuen uns, daß nicht Vertreter unserer Hochschule als Kandidaten aufgestellt sind und haben bereits in Wählervertreterversammlungen zum Ausdruck gebracht, welche hohe Erwartungen wir in sie setzen. Durch meine Stimmabgabe will ich gleichzeitig dazu beitragen, daß der westdeutsche Bundeskanzler sieht: Wir lassen uns durch seine Reden nicht täuschen

und stehen geschlossen hinter unserer Regierung.“

Vor einem der Wahllokale ist die FDJ-Gruppe 08/2 als erste erschienen. Unser Gesprächspartner ist der Gruppenleiter, Jugendfreund Rolf Richter.

Ausschlaggebend für den frühzeitigen Gang zur Wahlurne ist, daß die Freunde den kollektiven Geist in ihrer Gruppe dokumentieren und durch die Geschlossenheit ihres Auftretens ihre Verbundenheit zu unserem Staat zum Ausdruck bringen wollen. „Wir begrüßen besonders“, sagt Rolf, „daß mit Lutz Amstutz ein Student der TH kandidiert und voraussichtlich in der Kommission Jugend und Sport mitarbeiten wird. Wir erhoffen uns davon speziell eine Verbesserung der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen Stadt und Hochschule.“ Jugendfreund Gerhard Seidler von dieser Gruppe fügt hinzu: „Jedem von uns unsere Stimme den Kandidaten der Nationalen Front geben, bringen wir gleichzeitig zum Ausdruck, daß wir voll und ganz hinter der Fortsetzung unserer Regierung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR stehen.“

Auch vor den übrigen Wahllokalen sprechen wir mit denjenigen, die es geschafft haben, erste zu sein, bei der Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht an diesem Tage.

Wolfgang Bieri, FDJ-Gruppe 08/18, bringt zum Ausdruck, daß für ihn als Jungwähler dieser Tag eine ganz besondere Bedeutung hat. Er hält es für selbstverständlich, seine Stimme offen für unsere Kandidaten abzugeben. „Mit meiner Stimme“, sagt Wolfgang, „will ich einen Beitrag leisten zur Unterstützung der Vorschläge unserer Regierung zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten.“

Zu Problemen des Territoriums äußerte sich Gisela Kießling, FDJ-Gruppe 04/11: „Für besonders wichtig halte ich, bedingt durch die Zusammenballung so vieler Studenten in diesem Gebiet, die Lösung von verkehrstechnischen Problemen. Sicherlich wird die Mitarbeit von Vertretern unserer Hochschule in den örtlichen Volksvertretungen dafür von großem Nutzen sein.“

7.00 Uhr

Die Wahllokale werden geöffnet. Sibille, Wolfgang, Gisela und Rolf mit seiner Gruppe treten als erste an die Urnen. Es herrscht eine geborgene, festliche Atmosphäre. In das mit viel Blumen geschmückten Wahllokale ist sofort Hochbetrieb. Mit „Avanti popolo“ und anderen Kampfrufen begrüßt die Singschule, schließlich im Blauhemd angelegte sozialistischen Jugendverbände, die neu ankommenden FDJ-Studenten.



Gespräche zwischen Hochschullehrern und Studenten waren an der Tagesordnung. Im Bild FDJler der Gruppe 09/10 im Gespräch mit dem Rektor. Foto: Kretschmar

7.30 Uhr

Vor den Wahllokale bilden sich Schlangen. Viele FDJ-Gruppen kommen geschlossen zur Wahl. Eine von vielen ist die 09/30. Matthias Kriechler läßt sich nicht lange um seine Meinung bitten: „Unsere Gruppe trägt um den Titel Sozialistisches Studentenkollektiv. Wir sind geschlossen zur Wahl gekommen, weil die Festigung unseres Kollektivs unter Beweis stellen wollen und zeigen möchten, daß auf uns jederzeit Verlaß ist. Wir geben unsere Stimme offen ab und betrachten es als eine Ehre, uns damit einmütig hinter unsere Kandidaten zu stellen.“

Von der Gruppe 08/31 war es Gunter Buchheim, der uns sagte: „Wir hatten lange genug vor der Wahl Gelegenheit, über die vorgeschlagenen Kandidaten – und mit ihnen zu diskutieren. Wenn wir sie heute wählen, dann ist das Ausdruck unseres Vertrauens, das sie in Wählervertreterversammlungen und anderen Ausprägungen gefunden haben. Aus diesem Grunde geben wir den Kandidaten der Nationalen Front offen unsere Stimme.“

Auch Ralf Appenroth, der Gruppenleiter der 08/1, antwortete freudig auf unsere Fragen. Hier die Meinung von Ralf zu den Erfurter Gesprächen zwischen unserem Ministerpräsidenten und dem westdeutschen Bundeskanzler: „Mit der einseitigen Haltung des Genossen Stoph zur Notwendigkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und zu der Tatsache, daß Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehört, erklären wir uns voll und ganz einverstanden. Wir vertreten die Auffassung, daß die Bundesregierung endlich den Vertragsentwurf unserer Regierung beantworten muß. Um zu zeigen, daß wir hinter diesen Forderungen stehen, sind wir frühzeitig zur Wahl gekommen und geben

unsere Stimme offen für die Kandidaten der Nationalen Front ab.“

8.00 Uhr

Zahlreiche Hochschullehrer haben den Weg zu den Wahllokale nicht gescheut und nehmen die Gelegenheit wahr, sich vom Ablauf der Wahl zu überzeugen. Dabei entwickeln sich zahlreiche interessante Gespräche über die Verbindung zwischen Stadt und Hochschule, über unsere sozialistische Demokratie und nicht zuletzt über die auf Initiative unserer Regierung zustande gekommenen Gespräche zwischen unserem Ministerpräsidenten und dem westdeutschen Bundeskanzler. Im Verlauf eines Gesprächs des Rektors mit der FDJ-Gruppe 09/10 erläutert zum Beispiel Prof. Weilmantel Bedeutung und Perspektive der Schichten und beantwortet Fragen der Jugendfreunde nach dem späteren Einsatz der Absolventen. „Der künftige weitere Ausbau der Hochschule“, sagt der Rektor, „bringt nicht nur für die Kandidaten, die Mitglieder unserer Hochschule sind, große und größere Aufgaben mit sich, sondern erfordert auch von unseren Studenten die tätige Mitarbeit.“

9.00 Uhr

Wir fassen eine günstige Gelegenheit beim Schopf und fragen den Rektor nach den Eindrücken, die er in Gesprächen mit FDJ-Studenten und beim Besuch der Wahllokale gewonnen hat. „Die beste Stimmung“, stellt Genosse Professor Weilmantel fest, „ist dort zu verzeichnen, wo die Gruppen geschlossen zur Wahl kommen. In Gesprächen mit Studenten und FDJ-Gruppen, speziell über die Erfurter Gespräche zwischen unserem Ministerpräsidenten und dem westdeutschen Bundeskanzler, wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Wahlen große Bedeutung über das



Sibille Pohlig, erste im Wahllokal, erhält die Wahlzettel. Foto: Schreiber

Wir fordern völkerrechtliche Anerkennung der DDR

In zahlreichen Stellungnahmen bringen die Angehörigen unserer Hochschule ihre volle Übereinstimmung mit dem Standpunkt unserer Regierung während der Erfurter Gespräche zum Ausdruck. Derartige Stellungnahmen gingen uns u. a. zu von den FDJ-Gruppen 08/77, 08/33, 09/9, 09/10, von der Hochschulbibliothek und vom Rektorat.

Voraussetzung sind völkerrechtliche Beziehungen

Die Mitarbeiter des Lehrbereiches für Polygraphie und Papierverarbeitung sowie Allgemeiner Maschinenbau der Sektion Vernetzungstechnik der TH Karl-Marx-Stadt begrüßen die Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, am 10. März 1979 in Erfurt.

Die sieben von der DDR vorgeschlagenen Schwerpunkte der Verhandlungen sind die zuerst zu lösenden Fragen, um einen dauerhaften Frieden in Europa zu gewährleisten.

Die Verwirklichung aller Fragen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten setzen die Herstellung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts voraus.

Wir werden auch weiterhin alle unsere Kräfte zur allseitigen Stärkung unseres sozialistischen Staates einsetzen und die Friedenspolitik von Partei und Regierung unterstützen.

Endlich Vertragsentwurf beantworten

Die Studenten der Seminargruppe 08/2 der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt begrüßen von ihrer FDJ-Versammlung aus das Zustandekommen des Treffens zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und dem Kanzler der BRD. Wir stellen fest, daß dieses Treffen zuallererst ein Ergebnis der beharrlichen Bemühungen unserer Regierung ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu gestalten. Die Regierung der BRD ist letztlich erst durch eine drohende neuerliche Erklärung vor der Weltöffentlichkeit an den Verhandlungstisch gezwungen worden. Die BRD steht jetzt am Scheideweg. Wir erwarten, daß sie endlich zu den grundlegenden Problemen in Mitteleuropa Stellung nimmt, nicht länger mit der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten (die vor allem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einschließen) auf der Grundlage eines Vertrages, wie er von unserer Regierung vorgeschlagen wurde, zögert.

Bei aller Freude über das Zustandekommen des Treffens verkennen wir nicht, daß auch unter der SPD-FDP-Regierung die Machtverhältnisse in der BRD unverändert geblieben sind. Es hängt jetzt vor allem von der Entscheidung der westdeutschen Bevölkerung ab, ob die begonnenen Gespräche mit Erfolg weitergeführt werden.

Bundesregierung muß Farbe bekennen

Die auf Initiative der DDR zustande gekommenen Gespräche zwischen dem Regierungschef der DDR und der BRD werden von allen Genossen der Parteigruppe III der Sektionsparteiorganisationen Chemie und Werkstofftechnik begrüßt. Sehen wir doch einen ersten Schritt darin, im Interesse der europäischen Sicherheit zur Herstellung normaler gleichberechtigter Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zu kommen.

Uns beweist dieses erste Zusammentreffen, daß die Bonner Regierung unsere Verhandlungsangebote nicht mehr ignorieren konnte. Jetzt muß die Bundesrepublik nicht nur mit Worten, sondern in der Tat zeigen, ob sie bereit ist, ihren Beitrag zur Festigung des Friedens zu leisten.



Ein typisches Bild während der Morgenstunden des 12. März vor den Wahllokale der Hochschule: In langen Reihen haben sich unsere FDJ-Studenten angestellt, um möglichst frühzeitig ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front zu geben. Foto: Müller